



## Bericht des Vorsitzenden

Das vergangene Jahr war erfreulicherweise wieder ein normales Vereinsjahr, das nicht von den Einschränkungen der Corona-Pandemie beeinträchtigt wurde. Die Mitgliederversammlung war vor fast genau einem Jahr mit gutem Besuch hier im Waldhorn in Plochingen. Der Vorstand hatte seitdem **3 Sitzungen**, in denen neben den üblichen Regularien die Veranstaltungen geplant wurden. Auch die Vorbereitungen zur Kommunalwahl 2024 war regelmäßig Thema.

Der AK Wahlen hat in mehreren Sitzungen die wesentlichen Grundlagen für die Wahlkampagne 2024 geschaffen, die bei der **Kreiskonferenz** am 4. Oktober in Köngen vorgestellt wurde. Herzlichen Dank an Otto Ruppner für die sehr gute Unterstützung und viel Erfolg beim Wahlkampf in Leinfelden-Echterdingen.

Das diesjährige **Sommerfest** im Freilichtmuseum Beuren war hochinteressant und bot den zahlreichen Teilnehmern Gelegenheit zum kameradschaftlichen Austausch und guten Gesprächen. Herzlichen Dank an Daniel Gluiber für die sehr gute Vorbereitung und Organisation.

Die **Regionalversammlung** hat in den vergangenen fünf Jahren viele Themen beraten, unter anderem Folgendes:

Über die **Regionalplanung** als übergeordnete Stufe zur Flächennutzungs- und Bebauungsplanung stellt die Regionalversammlung die Weichen für die weitere Entwicklung von Wohn- und Gewerbeflächen.



Aktuell läuft die **Fortschreibung des Regionalplans** zum Ausbau der Windkraft und Freiflächen-Photovoltaik. Bei allen Vorbehalten: Windräder sind für die Stromerzeugung aus regenerativen Energie unverzichtbar. Die Landesregierung hat vorgegeben, dass hierfür 1,8% der Landesfläche gesichert werden muss. Unsere Vertreter im Planungsausschuss haben sich für sachlich fundierte, ausgewogene Lösungen eingesetzt. Zu beachten ist, dass viele kritische Fragen nicht über die Regionalplanung gelöst werden können, sondern erst im Bebauungsplanverfahren.

Entscheidend für die Verkehrswende in der Region Stuttgart ist der **Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs**. Die Regionalversammlung hat mit unseren Stimmen viele Verbesserungen beschlossen. Doch die Realität der Fahrgäste sieht anders aus. Die erforderlichen Taktverdichtungen und -ausweitungen überfordern das Schienennetz. Qualität und Pünktlichkeit sind seit längerem nicht mehr den zufriedenstellend oder – wie es Bernhard Maier zuletzt formulierte „Die Bedienungsqualität der S-Bahn kann den Fahrgästen nicht länger zugemutet werden.“ Zum allgemeinen Betriebschaos kommen Stammstreckensperrungen, Angebotsreduzierungen Zweifel an der komplikationsfreien Einführung von ETCS, usw..

Verkehrspolitik in der Region Stuttgart hat nur einen geringen Spaßfaktor. Wir vertreten klar die Meinung, dass zuerst die bestellten Fahrleistungen zuverlässig und pünktlich angeboten werden müssen und erst danach vom weiteren Ausbau zu träumen. Lichtstreife am Horizont ist die S-Bahn-Verlängerung nach Neuhausen, die nach nur 25 Jahren endlich kommt oder die S-Bahn-Verlängerung nach Nürtingen. Es ist richtig, schon bestehende Schienenwege zu sichern, doch der Verband Region Stuttgart hat den Hut auf. Die Schusterbahn ist stark vom Güterverkehr belegt. Eine Besichtigung der Panoramabahn im August hat gezeigt, dass in diesem sensiblen Stuttgarter Wohnumfeld S-Bahn-Haltestellen keine echte Chance auf Genehmigung haben.

Offen ist die Frage der Finanzierung des **Deutschlandtickets**. Bereits im Februar haben wir darauf hingewiesen, dass die Versprechen zur Finanzierung gehalten werden muss. Aktuell muss der VVS und über die Verkehrs- und Kreisumlage die Kommunen erhebliche Einnahmeverluste kompensieren, da viele Pendler auf das kostengünstigere Deutschlandticket umgestiegen sind, jedoch kaum zusätzliche Kunden hinzukommen. Die Verkehrsminister sollen nun die Finanzierung regeln und FDP-Verkehrsminister Wissing steht vor einem Scherbenhaufen. Das Risiko steigt, dass am Ende die Kommunen größere Finanzierungsanteile tragen müssen.



Die IHK prognostiziert wirtschaftliche Schwierigkeiten für die nächste Zeit, den die Rahmenbedingungen für Unternehmen sind schwierig. Bürokratie, Energiekosten, Arbeitskräftemangel usw. führen dazu, dass Firmen eher im Ausland investieren. Die Region schafft die planungsrechtlichen Grundlagen für die Entwicklung der Unternehmen, doch die Mehrheiten sind nicht sicher. Die Ansiedlung von Cellcentric im Industriegebiet Rosenloh in Weilheim wird vom grünen Ministerpräsidenten unterstützt, die Ausweisung eines **regionalen Gewerbeschwerpunktes** jedoch von den Grünen in der Regionalversammlung abgelehnt.

Auch der **Kreistag** hat in den vergangenen fünf Jahren die Geschicke des Landkreises aktiv gestaltet. Nachfolgend einige wichtige Themen:

Das größte Investitionsvorhaben waren der **Ersatzbau des Landratsamts** in Esslingen und der **Verwaltungsneubau in Plochingen**. Die Grundsatzfrage lautete: Sanierung oder Neubau. Es zeigte sich, dass Neubauten bei vergleichbaren Kosten deutliche Vorteile bieten. Von den Gesamtkosten von ca. 143 Mio. € für den Verwaltungsbau in Esslingen müssen allein im kommenden Jahr 63 Mio. € finanziert werden. Eine Sondersituation, die sich auf den Haushalt 2024 massiv auswirkt.

Massiv investiert wurde auch in die Modernisierung und energetische Sanierung der **Berufsschulen** und der **Bodelschwingschule**. Hier steht der Landkreis hervorragend da. Ebenso bei den **Kliniken**, die aktuell noch eine schwarze Null schreiben. Thema der nächsten Zeit ist die bundespolitisch geplante Krankenhausreform, deren Auswirkungen noch unklar sind.

Das größte Arbeitsfeld ist die soziale Sicherung. Die Bruttogesamtausgaben belaufen sich auf ca. 396 Mio. €. Bei einem Gesamtvolumen von ca. 799 Mio. € gibt der Landkreis also fast **jeden zweiten Euro** hierfür aus. Das ist in wirtschaftlich guten Zeiten fast nicht finanzierbar. Sorgen bereitet die Frage, wie die Sozialleistungen in Zeiten leeren Kassen bezahlt werden sollen. Selbstverständlich brauchen wir Konzepte gegen Armut und insbesondere Kinderarmut. Es ist jedoch zweifelhaft, ob immer höhere Transferleistungen der richtige Weg ist. Bürgergeld und Kindergrundsicherung sind oft attraktiver als Arbeit und oft stellt sich die Frage, wer mehr Geld zur freien Verfügung hat: Hilfeempfänger oder Arbeitnehmer, die Miete, Mietnebenkosten, Kindergartengebühren usw. selbst bezahlen müssen.

Emotional diskutiert wird derzeit die **Kreisumlage**. Die Kreisverwaltung möchte den Hebesatz um 8,1 Punkte erhöhen, in Summe also um 118 Mio. €. Dies ist angesichts der Investitionen und der unbestreitbaren Haushaltsrisiken teilweise sicher berechtigt. Ein Thema für Finanzexperten sind jedoch die Finanzierungsleitlinien. Im Hintergrund steht die Doppik. Die Kreisverwaltung hat in den letzten Jahren hohe Überschüsse in das Basisvermögen gebucht. In den Städten und Gemeinden wäre dies so korrekt gewesen, da in schlechten Zeiten der Haushalt aus dem Basiskapital ausgeglichen werden kann. Da die Kreisumlage jedoch vorrangig zum Basiskapital ist, führt dies beim Landkreis dazu, dass auf diese Mittel nicht mehr zugegriffen werden kann. Deshalb haben wir gegen den Willen des Landrats eine Neuregelung durchgesetzt, die aber noch nicht abgeschlossen ist und deshalb so noch nicht in die Kreisumlage einfließen kann. Deshalb haben wir eine Erhöhung um 3,5 Punkte beantragt. Diese Größenordnung halte ich für sachlich richtig und mehrheitsfähig.

Als **Stimme der Vernunft** tragen wir Freien Wähler also entscheidend für eine positive Entwicklung in der Region, im Landkreis und in den Städten und Gemeinden bei.

Welche Themen sehe ich für den kommenden Wahlkampf?

Wir müssen deutlich machen, dass wir zunächst bereits jetzt gesetzlich normierte öffentliche Dienstleistungen **zuverlässig und finanziell auskömmlich** angeboten werden, statt weitere unerfüllbare Wünsche zu formulieren. Wir müssen den Finger in diese Wunde stecken und eine realitätsnahe Kommunalpolitik sowie eine seriöse Finanzpolitik fordern.

Der Blick auf die Realität zeigt die Defizite:

- Der Rechtsanspruch auf **Kinderbetreuung** kann heute schon nicht erfüllt werden, weil das pädagogische Personal fehlt. Kein Mensch weiß, woher das Betreuungspersonal für die **Ganztagsbetreuung im Primarbereich** kommen soll. Die Finanzierung wird ein Kraftakt. Außerdem tickt die Uhr, den dieser Rechtsanspruch wirkt ab 1. August 2026 und bis heute gibt es in Baden-Württemberg keine Vorgaben für ein Raumprogramm oder gar Förderrichtlinie
- **Bildungspolitik** steht im Land nicht oben auf der Agenda. Bei allen Bildungsvergleichen der letzten 15 Jahre hat sich Baden-Württemberg stets verschlechtert. Es zeigt sich, dass der Wegfall der Verbindlichkeit



der Grundschulempfehlung und die faktische Abschaffung der Werkrealschulen **große bildungspolitische Fehler** waren. Doch die Probleme werden nicht gelöst, sondern kommunalisiert, nicht nur bei der Generalsanierung von Schulgebäuden, sondern beim Ausbau der Ganztagsangebote, bei der Digitalisierung oder bei der Schulsozialarbeit.

- Verbesserungen beim ÖPNV sind elementar für die Verkehrswende. Doch gefasste Beschlüsse können nicht umgesetzt werden. Zur schlechten Bedienungsqualität kommen eine **Ausdünnung des S-Bahn-Takts** und das Einstellen von Trassen wie der **Teckbahn** zeitweise eingestellt werden, weil Lokführer fehlen. Die DB sucht mittlerweile für die Teckbahn ein Subunternehmen. Auch der Ausbau der Busverkehre scheitern an fehlenden Busfahrern.
- **Wohnungsbau** ist weiterhin ein wichtiges Thema. Doch die Rahmenbedingungen machen kostengünstiges Bauen fast nicht mehr möglich. Auch Bebauungsplanverfahren sind völlig überreguliert. Das Urteil zum §13b BauGB war ein großer Rückschlag. Der geplante Volksentscheid gegen den Flächenfraß kann ebenfalls zum Bumerang werden. Sollte eine pauschale Obergrenze kommen, werden nicht nur Wohn- und Gewerbegebiete deutlich erschwert, sondern auch der Ausbau der erneuerbaren Energien oder der Bau von Radwegen.
- Die Kommunen sind gesetzlich verpflichtet, **Flüchtlinge** unterzubringen und zu integrieren. Dieser Herausforderung stellen wir uns seit Jahren, doch die Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden ist erschöpft. Gleichzeitig schwindet die Akzeptanz der Menschen. Als Bürgermeister fühlt man sich bei diesem Thema vom Bund im Stich gelassen. Die Ergebnisse des Kanzlergipfels gehen in die richtige Richtung, müssen jedoch rasch umgesetzt werden. Der Brandbrief des Präsidenten des BAMFs lässt jedoch schon jetzt erahnen, dass wieder Vieles nicht klappt.

Im Kommunalwahlkampf müssen wir uns klar positionieren. Entscheidend für den Erfolg sind die Kandidatinnen und Kandidaten. Später werden wir die Bewerber\*innen und Bewerber der Regionalwahl vorstellen.

## Bericht des Schatzmeisters

Bericht Joachim Sigmund

Schatzmeister Joachim Sigmund weist darauf hin, dass der Kontostand des Kreisverbands kontinuierlich sinkt und hat eine Beitragserhöhung angeregt.



Deshalb beantrage ich im Namen des Vorstands eine Beitragserhöhung um 10 € auf 20 €/Jahr und weise darauf hin, dass dieser Beitrag steuerlich geltend gemacht werden kann.

## **Bericht der Rechnungsprüfer**

Bericht Klaus Weinmann

## **Entlastungen**

XX

## **Vorstellung der Wahlliste für die Regionalwahl**

Die Mitgliederversammlung 2022 hat die Grundzüge für die Aufstellung der Wahlliste für die Regionalwahl 2024 beschlossen. Ziel war es, dass mehr Frauen und weniger Bürgermeister kandidieren und dies ist gelungen. Johannes Züfle und ich werden als amtierende Regionalräte und Annette Silberhorn-Hemminger aus Esslingen auf den aussichtreichen Plätzen 1 – 3 kandidieren. Auf Platz 4 kommt Hedy Barth-Rössler aus Filderstadt, die bei einer günstigen Konstellation auch eine Chance auf ein Mandat hat. Danach kommen folgende weitere 5 Frauen und 6 Männer:

Matthias Bäcker (Neuffen)  
Sybille Kütter-Scheuing (Esslingen)  
Lorenz Kruß (Aichtal)  
Mariela Herzog (Neuhausen)  
Simon Schmid (Baltmannsweiler)  
Verena Grötzinger (Owen)  
Hans-Georg Sigel (Esslingen)  
Bettina Schmauder (Kirchheim)  
Matthias Ruckh (Nürtingen)  
Corina Raisch (Ostfildern)  
Otto Ruppaner (Köngen)

Wir haben also ein sehr gute, regional ausgewogene und paritätisch besetzte Wahlliste. Dies macht mich für die kommende Wahl sehr zuversichtlich.